

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018

Ortsgesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Kultur an die europäische Datenschutz-Grundverordnung

Der Senat überreicht der Stadtbürgerschaft den Entwurf des Gesetzes "Ortsgesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Kultur an die europäische Datenschutz-Grundverordnung" mit der Bitte um Beschlussfassung noch in der nächsten Sitzung.

Am 24. Mai 2016 ist die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) – DSGVO –, ABl. L 119 vom 4. Mai 2016, Seite 1; L 314 vom 22. November 2016, Seite 72 in Kraft getreten. Gemäß Artikel 99 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 gilt sie ab dem 25. Mai 2018. Dies erfordert, das bereichsspezifische Datenschutzrecht auf die Vereinbarkeit mit der Verordnung zu überprüfen und – soweit nötig – entsprechend anzupassen. Der vorliegende Gesetzentwurf dient diesem Zweck.

Die städtische Deputation für Kultur hat dem Gesetzentwurf am 27. Juni 2018 zugestimmt.

Mit der Änderung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.

Ortsgesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Kultur an die europäische Datenschutz-Grundverordnung

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Stadtbürgerschaft beschlossene Ortsgesetz:

Artikel 1

**Änderung der Gebühren- und Benutzungsordnung
für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen**

§ 12 der Gebühren- und Benutzungsordnung für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen vom 28. Dezember 2001 (Brem.GBl. Seite 558 – 223-c-4) wird wie folgt gefasst:

„§ 12

Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach § 2 des Ortsgesetzes über die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, können zum Zwecke der Planung und Durchführung der Veranstaltungen sowie zur Erhebung und Abrechnung der Kosten und Beiträge die notwendigen perso-

nenbezogenen Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und bei Bedarf deren Erziehungsberechtigten verarbeitet werden, insbesondere Nachname, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Anschrift, Bankverbindung, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse und Ermäßigungsstatus.

(2) Nach Erfüllung des Zweckes nach Absatz 1 sind die personenbezogenen Daten zu löschen. Unberührt hiervon bleiben die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten. Abweichend von Satz 1 können die personenbezogenen Daten mit nachweisbarer Einwilligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder deren Erziehungsberechtigten für künftige Veranstaltungsteilnahmen weitere drei Jahre verarbeitet werden. Diese Einwilligung kann für jeweils drei Jahre erneuert werden. Die personenbezogenen Daten sind mit Ablauf des Zeitraumes für den die letzte Einwilligung erteilt worden ist, zu löschen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, bei Minderjährigen deren Erziehungsberechtigte, sind nachweisbar darauf hinzuweisen, dass die Einwilligung jederzeit widerrufen werden kann.

(3) Im Übrigen wird auf die Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4. Mai 2016, Seite 1; L 314 vom 22. November 2016, Seite 72) verwiesen.“

Artikel 2

Ortsgesetz über die Musikschule Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Nach § 2 des Ortsgesetzes über die Musikschule Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen vom 22. Dezember 1998 (Brem.GBl. Seite 399 – 223-t-1), das zuletzt durch Ortsgesetz vom 12. April 2011 (Brem.GBl. Seite 247) geändert worden ist, wird folgender § 2a eingefügt:

„§ 2a

Datenverarbeitung

(1) Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach § 2 kann die Musikschule Bremen zum Zwecke der Unterrichtserteilung oder sonstigen Dienstleistungserbringung die notwendigen personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler und bei Bedarf deren Erziehungsberechtigten verarbeiten, insbesondere Nachnamen, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, bei Bedarf Unterrichtsfach und -jahr, Wertungsspiele- und Jahreszeugnisse, Informationen über Studien und vorbereitende Ausbildungen, das Mieten eines Instruments sowie die zur Ermäßigung des Unterrichtsentgelts notwendigen Angaben zu Einkommens- und Familienverhältnissen.

(2) Nach Erfüllung des Zweckes nach Absatz 1 sind die Daten zu löschen. Unberührt hiervon bleiben gesetzliche Aufbewahrungspflichten. Abweichend von Satz 1 können die personenbezogenen Daten mit Einwilligung der Schülerin oder des Schülers, bei Minderjährigen deren Erziehungsberechtigte, drei weitere Jahre zur Aufgabenwahrnehmung nach § 2 verarbeitet werden. Diese Einwilligung kann für jeweils drei Jahre erneuert werden. Die personenbezogenen Daten sind mit Ablauf des Zeitraumes, für den die letzte Einwilligung erteilt worden ist, zu löschen. Die Schülerin oder der Schüler, bei Minderjährigen deren Erziehungsberechtigte, ist darauf hinzuweisen, dass die Einwilligung jederzeit widerrufen werden kann.

(3) Im Übrigen wird auf die Regelungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verar-

beitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L119 vom 4. Mai 2016, Seite 1; L 314 vom 22. November 2016, Seite 72) verwiesen.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Ortsgesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Am 24. Mai 2016 ist die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) – DSGVO –, ABl. L 119 vom 4. Mai 2016, Seite 1; L 314 vom 22. November 2016, Seite 72 in Kraft getreten. Gemäß Artikel 99 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 gilt sie ab dem 25. Mai 2018.

Diese Verordnung gilt gemäß Artikel 288 Absatz 2 Satz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und gemäß Artikel 99 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 ab dem oben genannten Zeitpunkt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat mit Anwendungsvorrang. Einer Umsetzung in mitgliedstaatliches Recht bedarf es grundsätzlich nicht. Die Verordnung (EU) 2016/679 enthält jedoch zahlreiche Öffnungsklauseln für das mitgliedstaatliche Recht, unter anderem eine Reihe von Regelungsoptionen und Regelungsaufträge für den nationalen Gesetzgeber, die Anpassungen auch im Landesrecht erforderlich machen.

Dies erfordert, das bereichsspezifische Datenschutzrecht auf die Vereinbarkeit mit der Verordnung zu überprüfen und – soweit nötig – entsprechend anzupassen. Der vorliegende Gesetzentwurf dient diesem Zweck.

B. Zu den Regelungen im Einzelnen

Zu Artikel 1

Gebühren- und Benutzungsordnung für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen vom 18. Dezember 2001

Zu § 12

Bisher verfügt die Volkshochschule mit § 12 der Gebühren- und Nutzungsordnung über eine Datenverarbeitungsgrundlage in Form kommunalen Satzungsrechts (Ortsgesetz). Insoweit bedarf es nur einer Anpassung der bestehenden Rechtsvorschrift namentlich an Artikel 6 Absatz 2 und 3 der Verordnung (EU) 2016/679, um gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2016/679 eine genügende Verarbeitungsrechtsgrundlage zu haben.

Die Änderung des § 12 ist mit Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2016/679 notwendig geworden. Die Rechtsgrundlage für den geänderten § 12 stellen Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e und Absatz 2 sowie Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 dar.

Nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e ist die Verarbeitung von Daten nur rechtmäßig, wenn die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt. Die Verarbeitung von Daten durch die Volkshochschule liegt im öffentlichen Interesse, da die

Volkshochschule einen grundlegenden Beitrag zur Erfüllung des Bildungs-, Kultur- und Informationsauftrags der Stadtgemeinde leistet (siehe auch Artikel 11 III der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen).

Nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 können die Mitgliedsstaaten spezifischere Bestimmungen zur Anpassung der Anwendung der Vorschriften der Verordnung erlassen, in dem sie Anforderungen für die Verarbeitung der Daten präziser bestimmen. Die entsprechenden Daten, die verarbeitet werden können, sind nur exemplarisch aufgezählt. Mit der Beschränkung auf die für die Aufgabenwahrnehmung notwendigen Angaben ist aber zugleich klargestellt, dass nicht ausnahmslos und stets alle der beispielhaft aufgezählten Daten verarbeitet werden müssen; so bedarf es beispielsweise der Bankverbindung selbstverständlich nur im Falle einer Einzugsermächtigung. Andererseits ist klargestellt, dass bei entsprechender Notwendigkeit zur Aufgabenerfüllung auch weitere nicht benannte Angaben verarbeitet werden dürfen.

Mit dieser Änderung wird die Gebühren- und Benutzungsordnung der Volkshochschule entsprechend angepasst.

Entsprechend Artikel 6 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 wird in § 12 die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten festgelegt. Der Zweck der Verarbeitung der Daten wird daher in § 12 definiert. Die Verarbeitung der Daten liegt im öffentlichen Interesse. Die Dauer der Speicherung der Daten entspricht den Bedürfnissen der Volkshochschule zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs. Gleichzeitig wird auf die Erfordernisse des Datenschutzes aufseiten der Teilnehmerin beziehungsweise des Teilnehmers Rücksicht genommen. Die Volkshochschule erhält die Möglichkeit zur Speicherung bestimmter Daten, muss diese nach Erfüllung des Erhebungszweckes aber wieder löschen. Eine längere Speicherdauer ist aber dann möglich, wenn die Teilnehmerin beziehungsweise der Teilnehmer nachweisbar einwilligt. Die Nachweisbarkeit der Einwilligung sicherzustellen, ist nach Artikel 7 Absatz 1 VO (EU) 2016/679 ohnehin Rechtspflicht des Verantwortlichen; sie wird hier lediglich deklaratorisch zur Verdeutlichung erwähnt.

Der abschließende Verweis auf die Regelungen der Datenschutzgrundverordnung ist lediglich deklaratorischer Natur und dient ebenfalls allein der Verdeutlichung, denn deren unmittelbare Geltung ergibt sich bereits aus Artikel 99 Absatz 2 Satz 2 VO (EU) 2016/679.

Zu Artikel 2

Ortsgesetz über die Musikschule Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen vom 22. Dezember 1998

Die Einfügung des § 2a in das Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Musikschule Bremen ist mit Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2016/679 notwendig geworden. Die Rechtsgrundlage für den neu geschaffenen § 2 a Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Musikschule Bremen stellen Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e und Absatz 2b sowie Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 dar. Hiermit wird die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten festgelegt.

Nach Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 können die Mitgliedsstaaten spezifischere Bestimmungen zur Anpassung der Anwendung der Vorschriften der Verordnung erlassen, in dem sie spezifische Anforderungen für die Verarbeitung der Daten präziser bestimmen. Die entsprechenden Daten, die verarbeitet werden können, sind nur exemplarisch aufgezählt. Mit der Beschränkung auf die für die Aufgabenwahrnehmung notwendigen Angaben ist aber zugleich klargestellt, dass nicht ausnahmslos und stets alle der beispielhaft aufgezählten Daten verarbeitet werden

müssen; so bedarf es beispielsweise der Bankverbindung selbstverständlich nur im Falle einer Einzugsermächtigung. Andererseits ist klargestellt, dass bei entsprechender Notwendigkeit zu der Aufgabenerfüllung auch weitere nicht benannte Angaben verarbeitet werden dürfen.

Mit dieser Änderung wird das Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Musikschule an die Verordnung (EU) 2016/679 entsprechend angepasst.

Nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e ist die Verarbeitung von Daten nur rechtmäßig, wenn die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt. Die Verarbeitung von Daten durch die Musikschule liegt im öffentlichen Interesse, da die Musikschule einen wichtigen Bildungs- und Kulturauftrag erfüllt. Die Musikschule bietet ein umfassendes Angebot der Heranführung an die Musik für alle Generationen, von der musikalischen Früherziehung bis zur studienvorbereitenden Ausbildung. Die Musikschule trägt mit ihrem Angebot der außerschulischen, musikalischen Aus- und Weiterbildung zur künstlerisch-kulturellen Bildung in Bremen bei. Sie bietet durch ihren niedrigschwelligen Zugang zu Kultur, Bildung und Information allen Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe. Die Verarbeitung der Daten liegt daher im öffentlichen Interesse, da die Einrichtung diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Die Art und Weise der Verarbeitung ist in der vorliegenden Gesetzesanpassung spezifisch dargestellt und beruht auf der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes.

Die Dauer der Speicherung der Daten entspricht den Bedürfnissen der Musikschule zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs. Gleichzeitig wird auf die Erfordernisse des Datenschutzes aufseiten der Schülerinnen und Schüler Rücksicht genommen. Die Musikschule erhält die Möglichkeit zur Speicherung bestimmter Daten, muss diese nach Erfüllung des Erhebungszweckes aber wieder löschen. Eine längere Speicherdauer ist dann möglich, wenn die Schülerin beziehungsweise der Schüler nachweisbar einwilligt. Die Nachweisbarkeit der Einwilligung sicherzustellen, ist nach Artikel 7 Absatz 1 VO (EU) 2016/679 ohnehin Rechtspflicht des Verantwortlichen; sie wird hier lediglich deklaratorisch zur Verdeutlichung erwähnt.

Der abschließende Verweis auf die Regelungen der Datenschutzgrundverordnung ist lediglich deklaratorischer Natur und dient ebenfalls allein der Verdeutlichung, denn deren unmittelbare Geltung ergibt sich bereits aus Artikel 99 Absatz 2 Satz 2 VO (EU) 2016/679.